

Pressedienst Nr. 16607
Montag, 11. September 2023

WIFO-Studie: Fiskalische Strukturreform für Reduktion des Bodenverbrauchs nötig	1
Status Quo beim Thema Wolf: Schmiedtbauer ruft zu Teilnahme an EU-Erhebung auf	3
EU-Schlachtrindermarkt: Preisdruck bei Schlachtkühen	4
Premiere: Flashmob der österreichischen Florist:innen	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



WIFO-Studie: Fiskalische Strukturreform für Reduktion des Bodenverbrauchs nötig

Hagelversicherung: In Österreich stehen 40.000 ha Immobilien leer

Wien, 11. September 2023 (aiz.info). - Ein umfassendes Maßnahmenbündel von raumplanerischen Vorgaben bis hin zu fiskalischen Instrumenten, um das Bodenverbrauchsziel der österreichischen Bundesregierung von höchstens 2,5 ha pro Tag bis 2030 zu erreichen, forderten heute, Montag, in einem Pressegespräch der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO), **Gabriel Felbermayr**, sowie WIFO-Expertin **Margit Schratzenstaller**, die Autorin der WIFO-Studie "Steuerpolitische Instrumente zur Verringerung des Bodenverbrauchs in Österreich", die im Auftrag der Österreichischen Hagelversicherung erstellt wurde.

Österreich sei beim Bodenverbrauch weiter Europameister im negativen Sinn. Dabei habe der heurige Sommer erneut vor Augen geführt, wie schnell sich Betonflächen in Hitzeinseln verwandeln und welche Kraft das Wasser im Fall von Starkniederschlägen und fehlender Versickerungsmöglichkeit habe. "Faktum ist: Der gegenwärtige Bodenverbrauch von mehr als 11 ha Äcker und Wiesen oder umgerechnet im Ausmaß von 16 Fußballfeldern pro Tag gefährdet nicht nur die heimische Lebensmittelproduktion, die Tier- und Pflanzenwelt, den Tourismus etc. Die Verbauung befeuert auch die Auswirkungen von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen. Daher besteht unverzüglicher Handlungsbedarf.", so der einhellige Tenor der Expert:innen.

Wer durch das Land fährt, kennt sie zur Genüge: die Gewerbezentren, die in den vergangenen Jahrzehnten am Rande der Ortschaften auf der grünen Wiese entstanden sind - ein Supermarkt da, ein Möbelhaus oder gar eine leerstehende Ruine dort, dazwischen Baumärkte und Geschäfte für Bekleidung usw. Die Zufahrt geregelt über Kreisverkehre in weiterer Folge je Betrieb eine weitere Zufahrt zu einem riesigen Parkplatz. Das Maximum an denkbarem Bodenverbrauch wurde ausgenutzt. In den seltensten Fällen findet man zumindest Rasenziegel. Noch ineffizienter kann unsere Lebensgrundlage Boden kaum genutzt werden.

Felbermayr: Beim Bodenverbrauch haben wir es national selbst in der Hand

Felbermayr prognostiziert einen massiven Wohlstandsverlust und Abhängigkeiten, wenn die Eindämmung des hohen Bodenverbrauchs nicht jetzt in Angriff genommen wird: "Bereits in der WIFO-Studie 'Bodenverbrauch nimmt uns Essen vom Teller' von Dozent Franz Sinabell wird die Dringlichkeit der Begrenzung des Flächenverbrauchs dargestellt, um den Verlust der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln einzudämmen. Die Ergebnisse zeigen, dass das Ackerland zwischen 1999 und 2020 um über 72.000 ha abgenommen hat. Umgerechnet in Versorgungsleistung bedeutet dieser Rückgang, dass in Österreich binnen 20 Jahren etwa 480.000 Menschen pro Jahr weniger ernährt werden können. Die Fehler der letzten Jahrzehnte können nicht wieder gut gemacht werden, die Zukunft muss aber anders aussehen. Das 'Gute' dabei: Es handelt sich beim Bodenverbrauch um ein rein nationales Umweltproblem. Es bringt also nichts, die Schuld fernab der nationalen Grenzen zu suchen. Dieser Umstand muss dringend national gelöst werden, um den Naturhaushalt und die Kulturlandschaft zu schützen sowie einen leistungsfähigen Agrarsektor mit einer produzierenden Landwirtschaft zu erhalten. Nur so können Abhängigkeiten in Form von Lebensmittelimporten verhindert werden. Ein Beispiel für eine konkrete Maßnahme ist die Einführung

einer bundesweiten Leerstandsabgabe. Das würde dem Staat Mehreinnahmen einbringen, mit denen man die Grunderwerbsteuer senken kann, die die effiziente Verwendung von Grund und Gebäuden behindert. Letztendlich braucht es aber auch quantitative Messgrößen, um die Verbauung einzudämmen. Alles andere wäre vergleichbar mit einer gesetzlichen Regelung, mit der die Anzahl der Verkehrstoten durch Raserei reduziert werden sollte, dabei aber auf das Tempolimit vergessen und nur an die eigene Vernunft appelliert wird."

Schratzenstaller: Gegenwärtige Grund- und Kommunalsteuer sind ein Anreiz für Verbauung

"Eine Reihe bestehender Steuern sind ein Impulsgeber für den Bodenverbrauch. Das ist weder ökonomisch noch sozial vernünftig und geht auch zu Lasten der Umwelt. Eine Strukturreform kann eine Mehrfachdividende bringen: Indem man die bodenvernichtenden Gemeindesteuern adaptiert, erzielt man positive Umwelteffekte", führt Schratzenstaller aus. "Es braucht beim Bodenverbrauch eine - im wahrsten Sinne des Wortes - bodenständige Reform, beispielsweise bei der Kommunalsteuer. So kann eine verpflichtende interkommunale Teilung des Kommunalsteueraufkommens helfen, Anreize für Umwidmungen zu verringern und Zersiedelung einzudämmen. Gegenwärtig werden ja bauwütige Gemeinden mit ihren Gewerbeparks etc. über die Kommunal- und Grundsteuer belohnt, dabei sollen aber bodenschonende Gemeinden honoriert werden. Eine weitere Tatsache: Wir haben in Österreich leerstehende Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien laut Schätzungen des Umweltbundesamtes im Ausmaß von 40.000 ha. Das entspricht in etwa der Fläche der Stadt Wien. Eine verpflichtende österreichweite Leerstandsabgabe sowie die Wiedereinführung der Zweckwidmung des Wohnbauförderungsbeitrages und die Verwendung eines Teils der Mittel für Altbausanierung können helfen, den Leerstand einzudämmen. Tatsache ist aber auch, dass fiskalische Aspekte nur eine Maßnahme innerhalb eines breiten Ansatzes sein können. Jedenfalls müssen auch raumplanerische Aspekte berücksichtigt werden: eine verpflichtende Leerstandsdatenbank sowie die gesetzliche Ausweisung von besonders wertvollen Agrarflächen wie in der Schweiz sind ebenso konkrete Vorschläge wie mögliche neue Instrumente im Zusammenhang mit handelbaren Flächenzertifikaten oder CO₂-Emissionszertifikaten. Wenn ich mir die aktuelle Diskussion zum Eindämmen des Bodenverbrauchs anschau, dann ist die Chance hier für eine Reform gar nicht so schlecht," ist Schratzenstaller optimistisch.

Weinberger: Kommunalsteuer steuert falsch

Geht es nach Weinberger braucht beim Bodenverbrauch einen Maßnahmenmix nach den Prinzipien Vermeiden, Wiederverwerten und Intensivieren. In dem Zusammenhang müsse auch die Frage gestattet sein, ob die gegenwärtigen Steuern auch richtig steuern. "Bei der Kommunalsteuer, die auf Gemeindeebene eingehoben wird, sage ich 'Nein'", so Weinberger, der erläutert: "Jeder Bürgermeister hat ein Anreizsystem, Genehmigungen für Gewerbezentren zu erteilen, weil er daraus Einnahmen lukriert. Wir haben aber in Österreich ohnedies bereits die höchste Anzahl an Supermärkten pro 100.000 Einwohner in Europa, nämlich 60. In Deutschland mit einer geordneteren Raumordnung sind es 40. Die Konsequenz: Bei uns sind die Lebensmittelpreise um 15% höher. Wir bezahlen also beim Einkauf für eine falsche Raumordnung. Die Lösung: Die Kommunalsteuer muss als Bundessteuer eingehoben und im Zuge des Finanzausgleichs an (ökologische) Kriterien gekoppelt verteilt werden. Weiters muss das jetzige zahnlose System der Flächenwidmungsabänderung auf Landesebene durch einen weisungsfreien Raumordnungsbeirat, der für die Gemeinden die Umwidmungen genehmigt, effizienter und unabhängiger geregelt werden. Eine wichtige steuerliche Maßnahme wurde im Zusammenhang mit dem Leerstand von der Bundesregierung im Juli durch eine Änderung von § 6 Einkommensteuergesetz schon umgesetzt:

Wird nun ein leerstehendes Betriebsgebäude eines Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetriebes wegen Betriebsaufgabe vermietet, erfolgt die Überführung dieses Gebäudes aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen - wie auch bei Grund und Boden - zum Buchwert statt wie bisher zum Teilwert. Es müssen aber weitere konkrete Maßnahmen gesetzt werden, um die nationale Lebensmittelhoheit zu bewahren. Von Beton können wir jedenfalls nicht abbeißen."

Finanzausgleich kann dem Bodenverbrauch entgegenwirken

Heuer ist wieder ein Jahr des Finanzausgleichs, wo zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für die kommenden Jahre die Aufteilung von Steuereinnahmen verhandelt wird. Im Grunde eine große Chance, Dinge zum Besseren zu wenden, den Bodenverbrauch endlich gesetzlich zu limitieren und einen sorgsam Umgang mit den Äckern und Wiesen in den Finanzausgleichsverhandlungen entsprechend zu berücksichtigen. "Tatsache ist: Der Boden ist das höchste Gut. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann haben wir in 200 Jahren keine Agrarflächen mehr. Vielleicht haben wir dann einen wunderbaren Industriestandort, aber keinen Lebensstandort mehr. Ein Land ohne Äcker, zukunftslos, kann nicht die Zielsetzung sein. Daher muss der verbliebene Naturraum geschützt werden. Eine Vielzahl an Maßnahmen liegt mittlerweile auf dem Tisch. Die WIFO-Studie zeigt, dass steuerliche Maßnahmen zur Eindämmung des Bodenverbrauchs unerlässlich sind", so Felbermayr, Schratzenstaller und Weinberger abschließend.

Die vollständige Studie kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss)

Status Quo beim Thema Wolf: Schmiedtbauer ruft zu Teilnahme an EU-Erhebung auf

Warnungen in Brüssel wurden lange ignoriert

Brüssel, 11. September 2023 (aiz.info). - "Exponentielles Wachstum ist uns spätestens seit Covid ein Begriff. Ein Problem, mit dem wir auch bei der Ausbreitung von Wölfen in Europa konfrontiert sind. Davor warne ich in Brüssel seit Jahren", sagt die ÖVP-Landwirtschaftssprecherin im Europaparlament **Simone Schmiedtbauer**. Leider seien ihre Warnungen in Brüssel lange ignoriert worden. "Mittlerweile scheint die EU-Kommission die Stimmen aus der Praxis endlich ernst zu nehmen. Daher gibt es jetzt eine Trendwende, und die EU-Kommission hat die Wissenschaft, die Landwirtschaft und die Regionen aufgefordert Daten zu liefern um den strengen Schutzstatus der Großraubtiere zu überprüfen", betont Schmiedtbauer die gute Zusammenarbeit mit Oberösterreich.

"Ohne die regelmäßigen Interventionen in Brüssel aus den Bundesländern hätte dieser Schritt wohl noch länger auf sich warten lassen. Die oberösterreichische Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** war dieses Jahr bereits mehrmals zu Gast in Brüssel und Straßburg um auf die Situation vor Ort hinzuweisen."

Langer-Weninger begrüßt den Aufruf, auch wenn er eigentlich zu spät komme: "Bei einer Population von inzwischen mehr als 20.000 Tieren und einer jährlichen Reproduktionsrate von 30% ist ein günstiger Erhaltungszustand längst erreicht und auch für die Zukunft gesichert. Jetzt geht es darum regulierend einzugreifen, so wie bei anderen Wildtierarten auch - insbesondere dann, wenn Gefahr droht. Daher ist eine zeitgemäße Adaptierung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinien unumgänglich." Oberösterreich werde der EU-Kommission jedenfalls die Realität auch weiterhin vor Augen führen

und sich vehement für die Anliegen der Landwirtschaft und ländlichen Bevölkerung einsetzen. "Wenn die Bäuerinnen und Bauern nach einem Sommer nur noch die Hälfte ihrer Schafe von der Alm ins Tal bringen, werden sie irgendwann verständlicherweise nicht mehr auftreiben wollen!" betont die Ö. Landesrätin.

Schmiedtbauer und Langer-Weninger rufen zur zahlreichen Teilnahme an der Erhebung der EU-Kommission auf. Betroffene und Interessierte können ihre Erfahrungen per Mail an EC-WOLF-DATA-COLLECTION@ec.europa.eu mit der EU-Kommission teilen. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Preisdruck bei Schlachtkühen

Steigende Notierung für Jungstiere in Österreich

Wien, 11. September 2023 (aiz.info). - EU-weit herrschen uneinheitliche Entwicklungen auf den Schlachtrindermärkten. Speziell in Deutschland gehen die Meinungen der Produzenten und der Verarbeiter in der laufenden Woche auseinander. Unter Druck stehen dabei, wie schon in der Vorwoche, insbesondere die Schlachtkuhpreise. Von Seiten der Schlachtunternehmen wurden für alle Kategorien Abschläge gefordert. Im Jungstierbereich dominieren aber stabile Marktverhältnisse. Bei den Preisen im Handel mit Schlachtkühen kommt es dagegen zu Abschlügen, teilt die Rinderbörse mit.

In Österreich ist das Angebot beim Jungstier leicht über der Vorwoche einzuschätzen. Gleichzeitig stellt sich die Nachfrage besser da als beispielsweise in Deutschland. Nach einer doch sehr langen verhaltenen Nachfrage nach Qualitätsstieren hat sich der Markt etwas gedreht und präsentiert sich freundlicher. Sowohl im Lebensmitteleinzelhandel als auch im Großhandel entwickelt sich die Nachfrage positiv. Für die aktuelle Woche gelang es, sowohl die Basispreise als auch die Qualitätszuschläge anzuheben. Etwas differenziert stellt sich der Schlachtkuhbereich dar. Hierbei herrscht trotz noch immer nicht erhöhtem Angebot ein leichter Preisdruck. Speziell im Export können die aktuellen Preise nicht zu 100 % umgesetzt werden. Somit sind die Preise leicht rückläufig. Die Preise für Schlachtkälber entwickeln sich freundlicher und steigen leicht nach oben.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem etwas höheren Preis von 4,47 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden weiterhin 3,90 Euro/kg bezahlt und für Schlachtkühe sinkt die Notierung auf 3,18 Euro/kg. Ein Preisplus gibt es bei der Vermarktung von Schlachtkälbern auf 6,15 Euro/kg. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Premiere: Flashmob der österreichischen Florist:innen

Die österreichweite Aktion findet am 13. September in den Landeshauptstädten statt

Wien, 11. September 2023 (aiz.info). - Zu einer ganz besonderen Premiere kommt es am Mittwoch, dem 13. September 2023, um 10:00 Uhr z.B. auf dem Hauptplatz der jeweiligen Landeshauptstadt, wenn die österreichischen Florist:innen ihren ersten Flashmob durchführen. Das Motto der Aktion, die von den Landesinnungen in Kooperation mit dem Blumenbüro Österreich durchgeführt wird, lautet: "Handwerk kommt zur Blüte".

Während der 30 Minuten dauernden Aktion, die natürlich musikalisch umrahmt wird, werden die Blumensträuße live vor Publikum angefertigt und im Anschluss an die Passanten verteilt.

Johann Obendrauf: "Der Floristenberuf ist einfach cool"

"Wir wollen mit unserem Flashmob auf das Können und die Kreativität des Floristenberufs aufmerksam machen und jungen Menschen zeigen, wie viele Facetten unser Handwerk umfasst", so **Johann Obendrauf**, Bundesinnungsmeister-Stellvertreter der österreichischen Gärtner und Floristen in der Wirtschaftskammer Österreich und Präsident des Blumenbüros Österreich.

"Oder anders ausgedrückt: Der Beruf des Floristen/der Floristin ist absolut 'fresh', d.h. einfach cool und fetzig, um es in der Sprache der Jugend zu sagen. Denn ob jemand als FarbenkünstlerIn arbeiten will oder sich einen Beruf wünscht, wo er/sie sich entfalten und der individuellen Kreativität freien Lauf lassen kann: In der Floristik ist alles möglich und erwünscht", so Johann Obendrauf weiter.

Einzigartige Ausbildung mit ausgezeichneter Zukunftsperspektive

"Zudem sind Florist:innen mit ihrem Handwerk und ihren Produkten wahre 'Lebensmomente-Begleiter', denn jedes wichtige Ereignis im Leben eines Menschen wird meist floral begleitet. - Das ist ein einzigartiges Privileg", stellt der Präsident des Blumenbüros fest. "Ich bin außerdem stolz darauf, dass in unserer Branche Nachhaltigkeit seit Jahren großgeschrieben wird - sei es durch unsere regionalen Produkte oder durch die verwendeten Materialien. Wir betrachten die Natur als ein wertvolles Gut, das es unbedingt zu schützen gilt."

Mehr zum Berufsbild der Floristin/des Floristen stehen im Web unter www.ihr-florsit.at bereit. Nähere Informationen sind auch auf Facebook und Instagram abrufbar.

Der jeweilige Flashmob in den Bundesländern findet zu folgenden Zeiten statt:

Burgenland:

Eisenstadt Fußgängerzone (Hauptplatz)

Start: 10:00 Uhr

Kärnten:

Villach Hauptplatz

Start: 10:00 Uhr

Niederösterreich:

St. Pölten Rathausplatz (nördlicher Teil)

Start: 10:00 Uhr

Oberösterreich:

Linz Taubenmarkt

Start: 10:00 Uhr

Salzburg:

Schloss Mirabellplatz, Mirabellplatz 5B

Start: 10:00 Uhr

Steiermark:

Graz Südtirolerplatz

Start: 10:00 Uhr

Vorarlberg:

Dornbirn Fußgängerzone

Start: 10:00 Uhr

Wien:

Wien, Stock-im-Eisen-Platz

Start: 11:00 Uhr

Nähere Informationen gibt es beim Blumenbüro Österreich, Laxenburgerstraße 367, 1230 Wien unter der Tel.Nr.: +43/1/615 12 98, via Fax an+43/1/61512 99, per E-Mail an office@blumenbuero.or.at beziehungsweise auf der Homepage unter <http://www.blumenbuero.or.at>. (Schluss) APA OTS
2023-09-11/12:53